

UJir diskutierten Aker den1&uSust

In einem Raum des VEB Funkwerk I in Berlin-Köpenick sitzen wir zusammen: Agitatoren der Partei mit Angehörigen des Betriebes. Wir sprechen über die Maßnahmen der Regierung vom 13. August. Sie dienen dem Frieden und fördern damit die Bemühungen um den Abschluß eines Friedensvertrages. Manche Frage zeigt, daß dieser Zusammenhang noch nicht immer erkannt, daß nicht in jedem Falle gesehen wird, daß es dabei um die brennendste Frage unserer Zeit, um die Frage Krieg oder Frieden geht. Und doch ist es so. In seiner großen Rede über Rundfunk und Fernsehen sagte der Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, am 18. August:

Beitrag zur Friedenserhaltung

„Uns sind die Pläne der Bonner Regierung bekannt. Sie liefen darauf hinaus, durch eine auf die Spitze getriebene Störtätigkeit solche Bedingungen zu schaffen, um nach den westdeutschen Wahlen mit dem offenen Angriff gegen die DDR, dem Bürgerkrieg und offenen militärischen Provokationen beginnen zu können.“ Und weiter: „Die Maßnahmen unserer Regierung haben dazu beigetragen, den in diesem Frühherbst 1961 durch die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitik bedrohten Frieden in Europa und der Welt zu retten.“

Wahrhaftig, am 13. August haben die Militaristen einen empfindlichen Schlag erhalten. Ihre Pläne der Aggression wurden durchkreuzt. Für das, was sie wollten, wie sie es vorbereiteten und woran sie nunmehr gehindert wurden, gibt es genug Beweise.

Wir, die Deutsche Demokratische Republik und alle sozialistischen Staaten, sind für den Abschluß eines Friedensvertrages. Dieser Abschluß wurde noch für dieses Jahr auf die Tagesordnung der Weltpolitik gesetzt. Was geschah daraufhin? Wie reagierte der Westen auf die ehrlichen Bemühungen, zur Friedenserhaltung in der Welt beizutragen, sich zu Verhandlungen darüber an einem Tisch zusammensetzen?

Die Reaktion darauf war glatt hysterisch. Kein vernünftiger Mensch kann einsehen weshalb, aber die regierungsmäßige Meinung im Westen wird eben nicht von der Vernunft, sondern von den Interessen der Monopolisten und Militärs, bestimmt. In den USA wurde offiziell die Verstärkung der Armee proklamiert. Präsident Kennedy sprach von der Notwendigkeit, die Reservisten einzuberufen. Weitere Milliarden Dollars wurden für die Aufrüstung zur Verfügung gestellt. Einige Pentagon-Generale sprachen von Panzerdurchbrüchen nach Berlin, und im NATO-Hauptquartier wurde beschlossen, alle NATO-Kontingente zahlenmäßig zu erhöhen.

Man bedenke: Das alles auf den Vorschlag hin, einen Friedensvertrag abzuschließen und darüber Verhandlungen zu führen. Welch ein Widersinn! Man bedenke in diesem Zusammenhang aber auch, daß NATO-Truppen in Westberlin stationiert sind, daß sich also unmittelbar in Westberlin die hysterischen Kriegemaßnahmen auswirken müssen. Gefährlicher Zündstoff wurde im Herzen Europas angehäuft. Das Bonner Regime trug seinerseits alles dazu bei, diesen Zündstoff noch zu vermehren.

Wie die USA, so auch Bonn

Von dem Deutschen Friedensplan, wie er in der Volkskammer vorgeschlagen worden war, nahm Bonn nicht die geringste Notiz. Im Gegenteil. Die hektische Eile zu verstärkter Aufrüstung entsprach genau dem Treiben in Übersee. Statt der Friedenssehnsucht des deutschen Volkes Rechnung zu tragen, begab sich Kriegsmminister Strauß in die USA und kaufte weitere Atomraketen Typ „Redstone“ für die Bundeswehr. Zur gleichen Zeit sprachen sich die westdeutschen Militärs dafür aus, den Bonner Rüstungsetat um weitere drei Milliarden Mark zu erhöhen. Dabei werden jetzt schon von dem gegenwärtigen Bundeshaushalt über 53 Prozent für die Aufrüstung ausgegeben. Mehr noch: Mit gefährlicher Offenheit proklamierten die Ultras in Bonn den Atom-